



Internationale Konferenz  
für Erneuerbare Energien, Bonn  
International Conference  
for Renewable Energies, Bonn

4. Juni 2004

## POLITISCHE ERKLÄRUNG

1. Die Minister und Regierungsvertreter aus 154 Ländern haben auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien<sup>1</sup> vom 1. – 4. Juni 2004 in Bonn die Tatsache anerkannt, dass erneuerbare Energien, kombiniert mit einer gesteigerten Energieeffizienz, wesentlich dazu beitragen können, eine nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen, Zugang zu Energie zu verschaffen, insbesondere für die Armen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken, die Emission von Luftschadstoffen zu verringern und so neue ökonomische Chancen zu eröffnen und durch intensive Zusammenarbeit die Energiesicherheit auszubauen.
2. Die Minister und Regierungsvertreter verpflichten sich, auf den Ergebnissen und Vereinbarungen aufzubauen, die auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro (1992), in der Millenniums-Erklärung und in den Millenniums-Entwicklungszielen (2000) sowie auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (2002) erreicht wurden. Sie bekräftigen die von ihnen eingegangene Verpflichtung, weltweit mit hoher Dringlichkeit den Anteil der erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieversorgung erheblich zu erhöhen. Sie teilen die Auffassung, dass erneuerbare Energien, kombiniert mit gesteigerter Energieeffizienz, sich zu einer höchst wichtigen und breit verfügbaren Energiequelle entwickeln und neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen allen Ländern eröffnen werden.
3. Die Minister und Regierungsvertreter bekräftigen ferner ihre Verpflichtung, die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu verwirklichen, insbesondere die Ziele, bis 2015 den Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, zu halbieren und eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Zur Verwirklichung dieser Ziele muss in den Entwicklungsländern der Zugang zu Energie wesentlich verbessert werden. Nach Schätzungen können durch den Einsatz erneuerbarer Energien bis zu einer Milliarde Menschen Zugang zur Energieversorgung erhalten, sofern die Märkte und die Finanzierungsmodalitäten, wie in dem von der Konferenz verabschiedeten Internationalen Aktionsprogramm vorgesehen, erweitert werden können.
4. In Anerkennung der unterschiedlichen Situation in den verschiedenen Regionen und Ländern sowie ihrer gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung und ihrer jeweiligen Fähigkeiten unterstreichen die Minister und Regierungsvertreter die Notwendigkeit von zusammenhängenden ordnungsrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die der Entwicklung von florierenden Märkten für erneuerbare Energietechnologie förderlich sind, und erkennen die bedeutende Rolle der Privatwirtschaft auf diesem Gebiet an. Dies schließt ein, Hindernisse zu beseitigen sowie einen fairen Wettbewerb auf den Energiemärkten zu ermöglichen und dabei das Konzept der Internalisierung externer Kosten für alle Energieträger zu berücksichtigen. Solche Rahmenbedingungen sind unverzichtbar, um das Potenzial der Technologien der erneuerbaren Energien wirksam und effizient ausschöpfen zu können, günstige Voraussetzungen für Investitionen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft in

---

<sup>1</sup> Für die Zwecke der Konferenz *Renewables 2004* umfasst der Begriff „erneuerbare Energien“ Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft, Energie aus Biomasse einschließlich Biokraftstoffen sowie geothermische Energie.

erneuerbare Energien schaffen und Bevölkerungsgruppen, die bisher keinen Zugang zur Energieversorgung haben, moderne Energiedienstleistungen bieten zu können. Die Minister und Regierungsvertreter nehmen Kenntnis von Ländern, die konkrete Ziele für die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieträger am nationalen Energiemix angenommen haben, sowie von Ländern, die dies noch zu tun beabsichtigen, und nehmen die „Politikempfehlungen für Erneuerbare Energien“, die eine Reihe von Optionen für politische Entscheidungsträger enthalten, mit Genugtuung zur Kenntnis.

5. Die Minister und Regierungsvertreter betrachten eine Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Kapazitätenaufbaus und des Technologietransfers sowie wirksame institutionelle Regelungen auf allen Ebenen, Unternehmensverantwortung, Mikrofinanzierung, öffentlich-private Partnerschaften und fortschrittliche Maßnahmen der Exportkreditagenturen als von überragender Bedeutung für eine Förderung der Finanzierung erneuerbarer Energien. Auch die Möglichkeit der Schaffung finanzieller Anreize und der Erhöhung der Anteile der staatlichen Entwicklungshilfe als katalytische Finanzierung sollte geprüft werden. Die internationalen Finanzierungsinstitutionen, einschließlich der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken, sollten ihre Investitionen in erneuerbare Energien und höhere Energieeffizienz erheblich verstärken und innerhalb ihres Portfolios klare Ziele für erneuerbare Energien setzen.
6. Die Minister und Regierungsvertreter befürworten die Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten für erneuerbare Energien. Dies umfasst folgende Elemente: (a) Aufbau von Kapazitäten zur Politikanalyse und Technologiebewertung und Verstärkung der Anstrengungen im Bildungsbereich, auf dem Gebiet der Gleichstellung und zur Stärkung der Rolle der Frau; (b) Sensibilisierung der staatlichen Entscheidungsträger und Finanzeinrichtungen für die Vorteile der erneuerbaren Energien; (c) Förderung der Verbrauchernachfrage nach erneuerbaren Energietechnologien; (d) Förderung der Entwicklung der Vermarktung, Instandhaltung und Bereitstellung anderer Dienstleistungen; und (e) Verstärkung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit und der Beteiligung der betroffenen Interessengruppen, einschließlich Frauenverbänden, um den Zugang zu den einschlägigen Informationen und zu guten fachlichen Praktiken sowie einen diesbezüglichen Erfahrungsaustausch zu erleichtern.
7. Die Minister und Regierungsvertreter unterstreichen die Notwendigkeit zusätzlicher gezielter Anstrengungen in Forschung und Entwicklung, insbesondere in den entwickelten Ländern, unter Einbeziehung indigenen Wissens bei Forschung und Technologieentwicklung in den Entwicklungsländern und den im Übergang befindlichen Wirtschaftssystemen. Dabei sollte der Schwerpunkt auf die Aspekte Erschwinglichkeit und Kostensenkung, innovative Geschäfts- und Finanzierungsmodelle und auf kosteneffektive, verbraucherfreundliche und kostendeckende Modelle gelegt werden; dabei gilt es zu beachten, dass die verschiedenen Technologien zu erneuerbaren Energien jeweils unterschiedliche Möglichkeiten bieten und unterschiedlichen Beschränkungen unterliegen.
8. Die Minister und Regierungsvertreter verpflichten sich, durch Aktionen, die sie zur Aufnahme in das Internationale Aktionsprogramm vorgelegt haben, sowie durch andere freiwillige Maßnahmen individuell und gemeinsam auf diese Ziele hinzuarbeiten. Sie verpflichten sich, der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) über diese messbaren Schritte Bericht zu erstatten und die dabei jeweils erzielten Fortschritte, wie im Durchführungsplan von Johannesburg vorgesehen, zu überprüfen. Die geeigneten Regelungen für das weitere Vorgehen sollten in einer künftigen Sitzung zur Vorbereitung auf die Sitzungen der CSD 14 und 15 festgelegt werden.
9. Die Minister und Regierungsvertreter verpflichten sich, in einem „globalen Politiknetzwerk“ mit Vertretern von Parlamenten, kommunalen und regionalen Behörden, Wissenschaft, Privatwirtschaft, internationalen Institutionen, internationalen Wirtschaftsverbänden, Verbrauchern, Gruppen der bürgerlichen Gesellschaft, Frauenverbänden und mit den betreffenden Partnerschaften weltweit zusammenzuarbeiten. In diesem informellen Netzwerk sollte die von bestehenden Partnerschaften bereits geleistete Arbeit berücksichtigt und sollte ein

umfassender und offener Meinungs- und Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Entwicklung und Anwendung erneuerbarer Energien gefördert werden.

10. Schließlich sind die Minister und Regierungsvertreter entschlossen, auf den Sitzungen der CSD 14 und 15 spürbare Fortschritte und einen substanziellen Folgeprozess zu erreichen, und beschließen eine Fortsetzung des in Bonn begonnenen hochrangigen politischen Dialogs.
11. Die Minister sprachen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem deutschen Volk ihre Anerkennung für die Organisation der Konferenz aus und bedankten sich für die Gelegenheit, die Bedeutung der Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen von Johannesburg auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung auf der ganzen Welt hervorzuheben.